

verlängert. Sodann wurde, mit Abstand wichtig vor vielen anderen tagespolitischen Resolutionen, jener einstimmige Beschluß gefaßt, die Tätigkeit der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ zu bestätigen und zu ermutigen: „Die Vollversammlung stellt fest, daß die früheren Zweifel hinsichtlich des gegenseitigen Verstehens und baldiger Zusammenarbeit sich als unbegründet erwiesen haben.“ Die Arbeitsgruppe werde sicher zum Wachstum und zur tieferen Gemeinschaft in der Ökumenischen Bewegung beitragen. Sie möge „weiterhin der Frage der Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche im Ökumenischen Rat Aufmerksamkeit schenken. Mitgliedschaft hängt von der Initiative einzelner Kirchen ab, die willens sind, die Basis des Rates zu akzeptieren [später nachgefügt: „und der Zustimmung der Mitgliedskirchen gemäß der Verfassung“]. Der Ökumenische Rat bekräftigt sein eifriges Verlangen, seine Mitgliedschaft auszuweiten und alle die christlichen Kirchen, die gegenwärtig außerhalb seiner Gemeinschaft stehen, einzuschließen.“

Um keinen Enthusiasmus aufkommen zu lassen, erklärte nachher in einer Pressekonferenz J. Hamer OP, Stellvertreter von Bischof Willebrands im Einheitssekretariat des Vatikans, ein Beitritt Roms sei nicht die nächste Sorge einer Zusammenarbeit; und Bischof Willebrands selbst meinte, vom Zweiten Deutschen Fernsehen darüber interviewt (21. 7. 68), worin er das wesentliche Ergebnis von Uppsala sehe, nur: darin, daß wir so gut miteinander

haben sprechen können. Er sehe wohl nur allzugut die verbleibenden Schwierigkeiten der Aufnahme-prozedur, die vielleicht nach einer Strukturveränderung anders aussieht. Der Beschluß sagt ja auch: „Der Erkundungsauftrag der Gemeinsamen Arbeitsgruppe ist offensichtlich noch nicht abgeschlossen.“ Man wird also gut tun, die Reaktionen aus Rom abzuwarten.

Ein letztes Wort über die Enttäuschung der ökumenischen Jugend, deren tägliche Zeitung „Hot News“ von den Delegierten gespannt erwartet, aber nicht wirklich beachtet wurde. Es ist kein einzelnes Urteil, das da am letzten Tag zu lesen war: „Wir haben den Fehler begangen, die Versammlung zu ernst zu nehmen.“ Oder was auf der berühmten weißen „Kritzelplanke“ zur Aufnahme der täglich neuen Proteste stand: „Gott ist nicht tot — er ist nur in der Mitte von Dokument 329 eingeschlafen.“ Gewiß Worte einer engagierten Jugend, die aber morgen schärfer urteilen wird. Das „kirchliche Establishment“, so von Eugene C. Blake genannt, tat, was es vermochte, wie die Sektionsberichte, auf die wir noch zurückkommen werden, zeigen. Aber mit dem Tempo dieser Welt hält es nicht Schritt. Dienst für die Gerechtigkeit ist nur eine Seite des Glaubens, er muß durch sich selbst überzeugen, durch die glaubwürdige Einheit in Christus. Es fehlte die selbstkritische Bestandsaufnahme über das wirkliche Können der Kirchen und ihren Einfluß auf die Welt.

Kurzinformationen

Mit der Frage „Was ist Ökumenismus?“ beschäftigt sich in der Mainnummer 1968 der sowjetischen Zeitschrift „Nauka i religija“ N. Baranowa. Die ökumenische Bewegung sei, so erklärt er seinen Lesern, eine Einigungsbewegung aller christlichen Kirchen auf der Grundlage eines Kompromisses in Glaubensfragen; diese Bewegung soll zu einer Weltgemeinschaft führen, deren Ziel die vollständige Verschmelzung der verschiedenen Konfessionen, die Einheit und Teilnahme aller Kirchen am Leben der modernen Gesellschaft sei. Sie habe aber auch andere sehr viel weiter gehende Aufgaben. So zielen sie faktisch auf die Gründung einer einheitlichen machtvollen religiösen Organisation ab, welche auf die Entwicklung der modernen Gesellschaft, ihre politischen und sozialökonomischen Institutionen und ethisch-moralischen Auffassungen einen entscheidenden Einfluß auszuüben vermag. Damit beabsichtigten die christlichen Ideologen jedoch nur, den Atheismus und den Unglauben der Massen zurückzudrängen, ihre Positionen unter den Gläubigen zu stärken und die Zahl ihrer Anhänger zu vergrößern. Diese Ziele würden die „Apologeten des Ökumenismus“ jedoch sorgfältig verschleiern, indem sie sie auf das Gebot Christi zurückführen. Den Anfang der ökumenischen Bewegung sähen sie, so paradox es auch erscheinen mag, in der Reformation des 16. Jahrhunderts. Der Hauptimpuls für die Entstehung dieser Bewegung sei vom Bestreben der Bourgeoisie ausgegangen, die Kirche für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft wie für die Unterdrückung der revolutionären Tendenzen der Volksmassen auszunutzen. Die Hauptursache für die Gründung großer internationaler religiöser ökumenischer Organisationen liege jedoch im Bestreben der Kirchen, ihren Einfluß auf die Gläubigen zu verstärken. Nach einem kurzen Überblick über die verschiedenen ökumenischen Konferenzen ab 1910 wie über Struktur und Tätigkeit des Ökumenischen Rates der Kirchen geht Baranowa auf die Haltung der katholischen Kirche zur ökumenischen Bewegung ein. Als Grund für die anfangs ablehnende Einstellung von *Mortalium animos* (1928) gibt er die „kämpferische Intoleranz des Katholizismus gegenüber Andersdenkenden und

Andersgläubigen“ an. Erst die Erfolge und die wachsende Popularität des Ökumenismus veranlaßten die katholische Kirche zu einer neuen Haltung. Diese habe ihren Niederschlag im Ökumenismusekret des Konzils gefunden, in dem zwar von keinem „besonderen römisch-katholischen Ökumenismus“ gesprochen werde, sondern nur von einem „katholischen Verständnis“ des Ökumenismus, doch sei damit vom Konzil im Kern nur ein „zweiter, der ökumenischen Bewegung des Weltkirchenrates paralleler Ökumenismus, der des Vatikans“, sanktioniert worden. Wenn auch Namen, Ziele und Terminologie identisch zu sein scheinen, so seien doch die „Quellen, Kräfte und Möglichkeiten ungleich“, und als letztes politisch-organisatorisches Ziel strebe der Vatikan „die Vereinigung der Christen“ als eine „Wiedervereinigung unter römisch-katholischer Oberhoheit“ an. Eine theoretische Analyse der Organisationsformen und des Ideengerüsts des Ökumenismus führe zum Schluß, daß die ökumenische Bewegung eine „für die heutige Religion charakteristische Form des Modernismus“ sei.

Vom 25. bis 28. Juni 1968 tagte die **erste Vollversammlung der Kongregation für die Evangelisation der Völker** gemäß den Normen der Apostolischen Konstitution *Regimini Ecclesiae universae* vom 18. August 1967 (HK 21, 460 ff.). Sie setzte sich zusammen aus dem sog. „Rat der Vierundzwanzig“ (HK 22, 100) und den ordentlichen Mitgliedern der Kongregation. Konferenzsprache waren moderne simultan übertragene Sprachen. Beratungsgegenstand bildeten folgende vom Weltepiskopat vorgeschlagene Punkte: Kooperation zwischen den Bischofskonferenzen und den Päpstlichen Missionswerken, die Missionshilfen der Diözesen in den christlichen Ländern sowie die allgemeinen Prinzipien für die Regelung der Beziehungen zwischen Ortsordinarien und Missionsinstituten in den Missionsgebieten. Die abschließend gefaßten Beschlüsse werden zu Instruktionen ausgearbeitet werden, die später als Ergebnis der Besprechungen veröffentlicht und allen Bischöfen zugesandt werden. Hinsichtlich des ersten Beratungsthemas sehen die

Beschlüsse der Vollversammlung vor: die Bischofskonferenzen sollen den Päpstlichen Missionswerken „höchsten Vorrang“ einräumen (vgl. Missionsdekret, Abschnitt 38). Die Nationaldirektoren der Päpstlichen Missionswerke werden, womöglich aufgrund eines von den Bischofskonferenzen eingesandten Dreivorschlags, von der römischen Kongregation ernannt. Sie sollen, der besseren Information und Kooperation wegen, zu den Besprechungen der bischöflichen Missionskommissionen hinzugezogen werden. Die Koordination zwischen den Bischofskonferenzen und den Päpstlichen Missionswerken sei am besten durch letztere gewährleistet, da sie päpstlich und universal seien (Internationaler Fidesdienst, 11. 7. 68). Präsident des Priestermissionsbundes soll ein von der Evangelisationskongregation ernannter Bischof sein. Die Nationaldirektoren des Werkes der Glaubensverbreitung wie des Apostel-Petrus-Werkes werden ebenfalls von dieser Kongregation ernannt. Die Nationaldirektoren sollen vor allem ihre Statuten und Richtlinien beachten und die gesammelten Gelder vollständig an die betreffenden Generalräte weiterleiten. Die bischöflichen Missionskommissionen sollen gemäß den Ausführungsbestimmungen des Missionsdekrets im *Motu proprio Ecclesiae sanctae* vom 6. August 1966 (HK 20, 468 f.) handeln. Zum zweiten Punkt wurde festgestellt, daß die Diözesen „alter christlicher“ Länder weiter Missionare in die Missionsländer senden können unter der Bedingung, daß die Bischofskonferenzen der gebenden wie der empfangenden Länder befragt und die Evangelisationskongregation informiert wird. Hinsichtlich des dritten Beratungsgegenstandes wurde mitgeteilt, daß der Begriff der „commissio“, der Übertragung einer kirchlichen Zirkumskription an ein Missionsinstitut da, wo es sich um eine Diözese handelt, abgeschafft, bei Apostolischen Vikariaten und Präfekturen dagegen beibehalten werden soll. Er wird ersetzt durch den Begriff des „mandatum“, der den Auftrag der Zusammenarbeit des Missionsinstituts mit dem Ortsordinarius beinhaltet. Alles in allem wird also eine sehr straffe, zentralistische Ordnung angestrebt.

Die kirchliche und politische Situation in Portugal wurde erneut durch die Kontroverse um den Priester *J. da Felicidade Alves*, Seelsorger in einer Lissabonner Vorstadt, beleuchtet, der in Vorträgen heftige Kritik an der Kirche, ihrem Verhältnis zur Regierung und der Politik des Salazar-Regimes geübt hatte (vgl. *Noticias Aliadas*, 12. 6. 68 und *NC News Service*, 17. 6. 68). Alves, der am Institut für Ökumenische Studien in Paris ausgebildet worden war, forderte die Beseitigung der Privilegien des Klerus und die Zulassung der Frau zu allen kirchlichen Ämtern und beklagte, daß sich der geistliche Nachwuchs Portugals „aus Kindern und Heranwachsenden rekrutiert“. Er geißelte die „Stalinisierung der Macht in der Kirche“, die soziale Situation in Portugal, das Fehlen demokratischer Grundfreiheiten und die Kolonialpolitik. Daraufhin forderte eine Gruppe konservativer Katholiken beim Patriarchen von Lissabon, Kardinal Manuel Gonçalves Cerejeira, die Suspendierung von Alves, der ihn auch ohne Rücksprache aus seinem Amte entfernte. Mehrere Laiengruppen und Einzelpersonlichkeiten setzten sich dagegen für seine Rehabilitierung ein. Dieser ist inzwischen, um sich der Verhaftung zu entziehen, nach Frankreich ausgewichen. Seine Vorwürfe fanden sich auch in einem Flugblatt, das von Jugendlichen anlässlich einer Feier zum Abschluß des Glaubensjahres in einem Lissabonner Sportstadion verteilt wurde, während der Kardinal mit einer Gruppe von Priestern konzelebrierte (*NC News Service*, 6. 7. 68). Eine umfassende Anklage gegen die portugiesischen Verhältnisse stellt auch ein offener Brief dar, den eine Laiengruppe zur Verteidigung von Alves an den Kardinal gerichtet hatte und der von der linkskatholischen französischen Wochenzeitung „*Témoignage Chrétien*“ (11. 7. 68) veröffentlicht wurde. Der Widerhall auf die Äußerungen des gemäßregelten Priesters, heißt es in dem Schreiben, lasse einen „tiefen und raschen Wandel im christlichen Lebensstil einer wachsenden Zahl“ erkennen. Es sei diesen Menschen nicht mehr möglich, „die Strukturen und Methoden zu akzeptieren, die, wie uns scheint, die Kirche hindern, Zeichen Christi in der Welt zu sein, und

die Christen ihre Freiheit als Kinder Gottes nicht ausüben lassen“. Verfassung und Alltagsleben der Kirche bedürften einer gründlichen Neugestaltung. Mit der Liturgiereform sei das Problem nicht gelöst. „Wir warten noch auf den Tag, an dem unsere Bischöfe ihre Paläste verlassen, ihre Titel, Gewänder und Vorrechte als ‚Kirchenfürsten‘ ablegen und sich mit dem Volk vereinigen und seine Sorgen teilen und den gleichen Hunger und Durst erleiden.“ Sie sollten auf die institutionellen Sicherungen verzichten, „um Zeugnis zu geben für die Wahrheit und die Solidarität mit denen, die Verfolgung leiden“. „Wann werden wir es erleben, daß die portugiesischen Bischöfe ohne Umschweife die Verletzung der Grundrechte der menschlichen Person anklagen, die vor unseren Augen geschieht.“ Die Bischöfe müßten sich für die Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit aussprechen. Die Katholiken erwarteten, daß sie auf das Recht auf Unverletzlichkeit der häuslichen Privatsphäre und des Briefgeheimnisses hinwiesen, daß sie die Foltermaßnahmen der Polizei, die Parteilichkeit der Gerichte und die mangelnden Verteidigungsmöglichkeiten anklagen. Sie sollten sich dafür einsetzen, daß niemand aus dem eigenen Lande verbannt oder am Betreten des Landes gehindert werde. Sie sollten sich schließlich für „das Recht auf aktive Teilnahme an der Erarbeitung der großen politischen Entscheidungen des Landes“ einsetzen.

Eine „triumphale Zukunft für den Traditionalismus in der Kirche“ prophezeite der Philosophieprofessor Frederick Wilhelmsen von der Universität von Dallas vor dem Vierten Jahresforum der katholischen Traditionalistenbewegung „Wanderer“ Ende Juni dieses Jahres in Minneapolis (*NC News Service*, 26. 6. 68). Gleichzeitig bedauerte er die Erfolge des „Liberalismus“ in der gegenwärtigen „vorübergehenden“ Phase. Seit langem müßten die traditionalistischen Katholiken gegen den Strom schwimmen, jetzt aber „zum erstenmal seit 400 Jahren bewegt sich die Geschichte in unserer Richtung“, und „das liberale Zeitalter wird von der Geschichte beerdigt“. Als Hauptredner zum Thema des Forums „Die Krise des Glaubens — Was ist zu tun?“ vertrat Wilhelmsen die Ansicht, die westliche Geschichte habe sich in den letzten vier Jahrhunderten gegen den dem Menschen natürlichen Glauben „verschwenen“. Die neue Sozialordnung und die Technik, die mit den Lehren Machiavellis und Descartes' eingesetzt hätten, so begründete der Redner seine These, hätten vor dem Menschen die Notwendigkeit verborgen, „sich im täglichen Leben an Gott zu wenden“. Der Sinn für „Kontingenz“, der zum Glauben führe, sei ihm dadurch genommen worden. Jedoch seien Technik und Sozialordnung erneut im Wandel. Für den Menschen, der die Geheimnisse der Kernenergie gelöst habe, habe das Kontingenzerlebnis erneut an Bedeutung gewonnen. Die Technik der Maschine, die das menschliche Leben aufgesplittert habe, sei tot. Die Industrie im Zeitalter der Elektronik und des Computers würde wieder dezentralisiert, so daß zahlreiche Menschen zu Hause arbeiten könnten, viele überhaupt nicht mehr arbeiten müßten. Dadurch würde „aus der Tiefe der Seele“ ein neues Kontingenzerlebnis erstehen. „Der Mensch von morgen wird sich fragen müssen, warum er eigentlich existiert.“ Die Antwort darauf sei nur der Glaube, weil das „Leben ohne Glauben buchstäblich absurd ist“. So werde die „fieberhafte Aktivität der Avantgarde“ an ein Ende kommen müssen.

„Ökumenismus im (vereinten) Jerusalem“ ist eine erstaunliche Wirklichkeit, über die der israelische Schriftsteller *Pinchas Lapide* in „*The Christian Century*“ berichtet (26. 6. 68, S. 839 bis 842). Er beklagt als eines der Hindernisse für die Juden, daß sie bei Erfüllung ihrer 613 Gebote vom Christentum keine Notiz zu nehmen brauchten, während die christlichen Kirchen vom „Mysterium Israels“ zehren. Aber nachdem „das Land, das heilige Buch und das Volk Israel wieder eins geworden sind“, entfällt die Notwendigkeit der Defensive in einer Zeit, da christliche Theologen schon das „nachchristliche Zeitalter“ definieren. Der Bericht nennt die neuen linguistischen, politischen und geographischen Chancen eines jüdisch-christlichen Dialogs,

nachdem sich immer mehr christliche Institute in Jerusalem ansiedeln. Man erfährt von neuen Stätten eines diskreten Dialogs, z. B. dem von Darmstädter Marienschwestern gegründeten „Haus Abrahams“, das ein lebhaft besuchter Ort der Begegnung geworden sei, sonderlich wenn Mutter *Basilea* Vorlesungen hält. Da seien dann Juden, Christen und Araber aufmerksame Zuhörer. Es gibt u. a. auch die „Jerusalem Regenbogengesellschaft“ mit acht christlichen und acht jüdischen Gelehrten, die ein neues gegenseitiges Verstehen in hebräischer Sprache suchen, wodurch viele theologische Mißverständnisse aus hellenistischer Tradition schwinden. *P. Schneider*, Berater des anglikanischen Erzbischofs für jüdisch-christliche Angelegenheiten, pflegt studentische Diskussionen, auch das Schwedische Theologische Institut, das Amerikanische Bibelinstitut und die École Biblique der Dominikaner sind aktiv geworden. Es gibt sogar an der Hebräischen Universität ein Zentrum für christliche Studien, dessen Leiter *D. Flusser* ist. Allerdings stünden die Rabbinen in ihrer Mehrheit dieser „ökumenischen“ Aussprache wenig aufgeschlossen gegenüber, es sei denn, es geht um nichttheologische Fragen. Wesentlich ist in den Augen von *Lapide*, daß das neue jüdische Volksbewußtsein eine Haltung der Offenheit gewinne, je mehr es in der Gegenwart die Größe der Vergangenheit erfährt.

Parteilpolitische Abstinenz der katholischen Priester forderte der Episkopat von Venezuela in Hinblick auf die Anfang Dezember stattfindenden Wahlen für das Präsidentschaftsamt und das Parlament. Eine heftige Wahlkampagne ist bereits seit dem Frühjahr im Gange, und die etwa 20 Parteien haben schon mehrfach Wahlbündnisse beschlossen und wieder verworfen und sich gegenseitig durch Anschuldigungen und die verschiedensten politischen Manöver übertroffen. Die Stellungnahme der Bischöfe — offenbar veranlaßt durch Meldungen, einzelne Priester oder Priestergruppen hätten sich für Parteiinteressen engagiert — wurde vor der Presse vom Weihbischof von Caracas, *J. Rincón Bonilla*, abgegeben, der betonte: „Die Kirche hat keinen Kandidaten.“ Dagegen wurden die Katholiken erneut aufgefordert, sich in die Wahllisten einzutragen und auf Gewaltakte zu verzichten (*Noticias Aliadas*, 3. 7. 68). Etwa die Hälfte der knapp über neun Millionen Einwohner Venezuelas sind wahlberechtigt, das Wahlrecht beginnt mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Der gegenwärtige Regierungschef *Raúl Leoni* von der linksstehenden fortschrittlichen *Acción Democrática* (AD) scheidet als Kandidat aus, da die Verfassung eine unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten nicht vorsieht. Nach der noch nicht endgültigen politischen Gewichtsverteilung sind es gegenwärtig vier Kandidaten, die bei der Präsidentschaftswahl Erfolgsaussichten für sich in Anspruch nehmen können. *Gonzalo Barrios* als Vertreter der Regierungspolitik (Konsolidierung der Regierung, Fortsetzung der Sozialreformen, Zusammenarbeit mit den USA) will die Arbeit *Leonis* und der AD fortsetzen. US-feindliche und sozialpolitisch radikale Töne schlägt dagegen *L. Beltran Prieto* an, der dem *Movimiento Electoral Popular* (MEP) vorsteht, einer Abspaltung der AD. Der Kandidat der christlich-sozialen Partei COPEI ist *Rafael Caldera*, der im Vergleich mit der *Democracia Cristiana* *Eduardo Frei* in Chile als konservativ gilt, der jedoch mit den gleichen Schwierigkeiten innerhalb der Partei zu kämpfen hat, da die jüngeren Mitglieder auf Radikalisierung drängen. Schließlich ist *M. A. Burelli Rivas* der Kandidat einer recht disparaten Koalition aus drei Parteien, deren Zusammenhalt jedoch durch die unterschiedlichen Programme von bürgerlicher rechter Mitte bis gemäßigt und radikal sozialistischer Linke gefährdet erscheint. Zugunsten *Burellis*, der bereits unter der Regierung von *R. Betancourt*, dem Begründer der AD, einen Ministersitz innehatte, haben die Parteiführer *A. Uslar Pietri* (FND), *J. Villalba* (UDR) und *W. Larrázabal* (FDP) auf eine eigene Präsidentschaftskandidatur verzichtet und sich zur „Siegesfront“ zusammengeschlossen (vgl. „*Le Monde*“, 5. 7. 68). Die Kommunisten, deren Führer sich zum Teil noch in Gefängnissen befinden, bemühen sich erneut um die Zulassung ihrer Partei, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Die Mos-

kauer Richtung hat in den letzten Monaten auf Gewaltaktionen verzichtet. Die Guerrillaunternehmungen auf dem Lande sind für die Regierung ungefährlich. Eine starke Position haben die Kommunisten unter den Studenten der Hauptstadt.

Die Gründung eines **nationalen Pastoralrates in der Südafrikanischen Republik** wurde auf der Vollversammlung der katholischen Bischöfe in Pretoria beschlossen (NC News Service, 13. 7. 68). Durch diese Einrichtung soll der Sachverstand aller Gläubigen stärker in die kirchliche Aktivität einbezogen und an der Lösung pastoraler und sozialer Probleme beteiligt werden. Diese ergeben sich u. a. aus der Rassentrennung, aus der Situation der geistlichen Berufe, der besonderen Stellung des Landes als einer begüterten Nation inmitten unterentwickelter Völker, aus dem katholischen Schulwesen und der seelsorglichen Betreuung der Einwanderer. Die Bischöfe könnten die anstehenden Probleme nur in Zusammenarbeit mit den Gläubigen lösen. Neue Methoden und Lösungsversuche sollten von den Anliegen und Erwartungen des Volkes, seinen Sitten, Lebensgewohnheiten und seiner Sprache ausgehen. In einem Memorandum der Bischöfe heißt es: „Unser Land ist in einzigartiger Weise frei von ‚Antiklerikalismus‘.“ Das sei jedoch keine Garantie für die Zukunft, denn je mehr ein Volk sich entwickle und je mehr es im weltlichen Bereich leiste, desto kritischer werde es auch gegenüber Entscheidungen, die ohne das Volk getroffen würden. Durch die Gründung von Pfarr- und Diözesanräten solle eine Basis für den Pastoralrat auf nationaler Ebene geschaffen werden. Die Ausarbeitung einer Satzung für diesen Rat wurde in Auftrag gegeben. Vier Laienredner sprachen auch vor der Bischofsversammlung. Sie forderten einen stärkeren Einsatz der Kirche mit den Armen und Unterdrückten, die Hochschätzung der afrikanischen Kultur im kirchlichen Bereich, die Möglichkeit für schwarze Priester, in weißen Pfarreien und in kirchlichen Führungsstellen tätig zu werden und schließlich die Erziehung für das Familienleben als Bestandteil des Ausbildungsschemas in den Missionsschulen. Bezüglich des katholischen Pressewesens wurde ein verantwortlicher Journalismus bei einem Minimum an Zensur gefordert.

Das „**Sektierertum**“ der katholischen Bischöfe im indischen Bundesstaat Kerala behindere die Neubelebung der Kirche, behauptete der dreiunddreißigjährige Priester *J. Akkarakaren*, Leiter der „Bewegung für ein besseres Leben“ in Kerala, einer Gründung nach dem Modell von Pater Lombardis „Bewegung für eine bessere Welt“ (NC News Service, 1. 7. 68). Er griff damit eine Kritik auf, die bereits im Januar von einer Gruppe von Geistlichen und Laien vorgebracht worden war, die auf die „unchristliche Konkurrenz“ zwischen lateinischem, syromalabarischem und syro-malankarischem Ritus hinwiesen, von der die Kirche „zerrissen“ werde. Akkarakaren behauptete, die Bischöfe und Ordensoberen von Kerala, einem Bundesstaat mit über 20 Prozent christlicher Bevölkerung (der Gesamtanteil für Indien liegt unter 2,5 Prozent; vgl. HK 21, 118), hätten den Geist des Zweiten Vatikanums nicht nur nicht voll verstanden, sie entmutigten vielmehr auch noch jene, die sich um die Verbreitung der Konzilsbeschlüsse bemühten. Die Schwierigkeiten lägen darin, daß jeder Bischof für sich und anders als die anderen dächte. „Es gibt kein gemeinsames Unternehmen.“ Akkarakaren, der sich seit 1962 mit seiner Bewegung um ein breiteres Bekanntwerden der Konzilsaussagen bemüht, betonte, daß es den einfachen Leuten an der Information darüber fehle. Sie wüßten nur über die neuen Fastenverordnungen und sonstige Beschränkungen Bescheid. „Das Konzil ist nur für die Bischöfe und die Experten zu Ende. Bis jetzt ist nichts für die Priester, die Schwestern und Durchschnittslaien getan worden.“ Sie hätten zwar von einigen Vokabeln wie „aggiornamento“, „Dialog“ und „Gottesvolk“ gehört, der Sinn dieser Begriffe sei ihnen jedoch unbekannt. Nicht ein aggiornamento sei eingetreten, vielmehr hätte die Kirche Keralas aufgrund der Mißverständnisse über die Konzilslehren „ihre alte Lebenskraft verloren“.